

d) Vertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Freireligiösen Landesgemeinschaft Niedersachsen¹⁷¹

Vom 8. Juni 1970 (Nds. GVBl. S. 505), in Kraft seit 16. Dezember 1970, Vertragsgesetz vom 11. Dezember 1970 (Nds. GVBl. S. 505)

Zwischen dem Land Niedersachsen, vertreten durch den Niedersächsischen Ministerpräsidenten,

und der Freireligiösen Landesgemeinschaft Niedersachsen, Körperschaft des öffentlichen Rechts, vertreten durch ihr Präsidium,

wird folgender Vertrag geschlossen:

§ 1

(1) Das Land gewährleistet der Freireligiösen Landesgemeinschaft (FLG) ihre freie Betätigung im Rahmen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zur freireligiös-humanistischen Betreuung ihrer Mitglieder und anderer, keiner Religions- und Weltanschauungsgemeinschaft angehörender Personen.

(2) Die FLG bekennt sich zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und zur Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung. Sie wird ihre Tätigkeit im Hinblick auf das Gemeinwohl ausüben.

§ 2

Das Land wird darauf bedacht bleiben, daß der in § 5 Abs. 6 des niedersächsischen Schulgesetzes an den öffentlichen Schulen vorgesehene religionskundliche Unterricht¹⁷² neben dem Religionsunterricht im Sinne der christlichen Bekenntnisse gleichberechtigt erteilt wird. Es wird insbesondere dafür sorgen, daß die betroffenen Erziehungsberechtigten auf die in Betracht kommenden Unterrichtsveranstaltungen regelmäßig hingewiesen werden.

§ 3

Das Land wird im Hochschulbereich die wissenschaftliche Vorbildung für den religionskundlichen Unterricht ermöglichen. Der an der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen, Abteilung Hannover, erteilte Lehrauftrag für Religionswissenschaft und Didaktik des religionskundlichen Unterrichts soll erhalten bleiben.

¹⁷¹ Anm.: Rechtsnachfolgerin der Freireligiösen Landesgemeinschaft Niedersachsen ist die Organisation Freie Humanisten Niedersachsen.

¹⁷² Anm.: Religionskundliche Kenntnisse werden gemäß dem gegenwärtigen Niedersächsischen Schulgesetz (NSchG) – vom 30.05.1974 (Nds. GVBl. S. 289), in der Fassung vom 03.03.1998 (Nds. GVBl. S. 137), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.1999 (Nds. GVBl. S. 430) – in dem Fach „Werte und Normen“ vermittelt, das in § 128 NSchG geregelt ist:

§ 128 Unterricht Werte und Normen

(1) Wer nicht am Religionsunterricht teilnimmt, ist statt dessen zur Teilnahme am Unterricht Werte und Normen verpflichtet, wenn die Schule diesen Unterricht eingerichtet hat. Dies gilt nicht für diejenigen, für die Religionsunterricht ihrer Religionsgemeinschaft nicht eingerichtet werden kann. Die Schule hat den Unterricht Werte und Normen als ordentliches Lehrfach vom 5. Schuljahrgang an einzurichten, wenn mindestens zwölf Schülerinnen oder Schüler zur Teilnahme verpflichtet sind.

(2) Im Fach Werte und Normen sind religionskundliche Kenntnisse, das Verständnis für die in der Gesellschaft wirksamen Wertvorstellungen und Normen und der Zugang zu philosophischen, weltanschaulichen und religiösen Fragen zu vermitteln.

§ 4

Das Land wird bei den Rundfunkanstalten, an denen es beteiligt ist, darauf bedacht bleiben, dass die Satzung Bestimmungen enthält, nach denen der FLG angemessene Sendezeiten eingeräumt werden und ihr eine angemessene Vertretung ihrer Interessen an den Fragen des Programms ermöglicht wird.

§ 5

Die Freiheit der FLG, in der Erwachsenenbildung tätig zu sein, wird gewährleistet.

§ 6

Die FLG und ihre Gemeinden sind berechtigt, bei ihren Mitgliedern für freireligiöse und mildtätige Zwecke zu sammeln.

§ 7

(1) Das Land zahlt der FLG von dem Jahr 1970 ab als Zuschuß zu den Personalkosten jährlich einhunderttausend Deutsche Mark. Der Betrag ist in seiner Höhe laufend den Veränderungen der Besoldung der Landesbeamten wie bei vergleichbaren Staatsleistungen anzupassen.

(2) Die Staatsleistung wird vierteljährlich mit je einem Viertel des Jahresbetrages im voraus gezahlt.

(3) Der Landesrechnungshof ist berechtigt, die Verwendung der Finanzhilfe an Ort und Stelle zu überprüfen, die erforderlichen Unterlagen einzusehen und Auskünfte zu verlangen.

Hannover, den 8. Juni 1970

Für den Niedersächsischen Ministerpräsidenten, der Niedersächsische Kultusminister gez.
Langeheine

Das Präsidium der Freireligiösen Landesgemeinschaft Niedersachsen, gez. K. Schrader,
H. Reuper und Dr. W. Wiepking

e) Vertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Evangelisch-methodistischen Kirche in Nordwestdeutschland

*Vom 26. Januar 1978 (Nds. MBl. S. 899), geändert durch den Vertrag vom 9. August 1993
(Nds. MBl. 1994 S. 453)*

Zwischen dem Land Niedersachsen, vertreten durch den Niedersächsischen Ministerpräsidenten, dieser vertreten durch den Niedersächsischen Kultusminister, und der Evangelisch-methodistischen Kirche in Norddeutschland (früher Nordwestdeutschland), Körperschaft des öffentlichen Rechts, vertreten durch ihren Vorstand, dieser vertreten durch den ersten Vorsitzenden und den ersten Schriftführer, wird vorbehaltlich der Zustimmung des Niedersächsischen Landtages folgender Vertrag geschlossen:

§ 1

Das Land zahlt der Evangelisch-methodistischen Kirche in Nordwestdeutschland von dem Jahr 1993 ab als Zuschuß zu den Personalkosten der niedersächsischen Kirchengemeinden in den Jahren 1993 bis 1997 jährlich 50 000 DM, in den Jahren 1998 bis 2002 jährlich 40 000 DM, in den Jahren 2003 bis 2007 jährlich 30 000 DM, in den Jahren 2008 bis 2012 jährlich 20 000 DM, in den Jahren 2013 bis 2017 jährlich 10 000 DM und letztmalig in den Jahren 2018 bis 2022 jährlich 5 000 DM.